

Analyse

Michael Pluta Der Stuttgarter Rechtsanwalt hat als Insolvenzverwalter ganze Arbeit geleistet. Von David Nauer, Berlin

Der Mann, der Märklin wieder in Fahrt brachte

Er selbst spielte als Kind mit einem «Rhätischen Krokodil», dieser kantigen Spielzeug-Lok der Firma Lehmann Gartenbahn. Noch heute erinnert er sich daran, wie sie kreisrund um den Christbaum surrte. Michael Pluta stand davor - mit glänzenden Augen.

Inzwischen gehört Lehmann Gartenbahn zu Märklin. Und Märklin ist die Firma, die Insolvenzverwalter Pluta soeben vor der Zerschlagung bewahrt hat. Die Gläubiger des schwäbischen Modelleisenbahn-Herstellers, zur Hauptsache Banken, haben gestern seinem Sanierungsplan zugestimmt. Demnach soll das Unternehmen aus eigener Kraft die Insolvenz hinter sich lassen und neu starten können. Die Gläubiger erhalten zunächst nur 33 Millionen Euro ausbezahlt, rund ein Drittel der geschuldeten Summe. Dafür seien sie nun «faktische Eigentümer» der



Traditionsmarke, wie Pluta erklärte. Der Verkauf an einen willigen Investor soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Die gute Nachricht für Zehntausende Eisenbahnfans und rund 1000 Mitarbeiter: Märklin-Loks, Wagen, Schienen, Weichen werden vorerst weiter gefertigt. Zu verdanken ist dies zu einem grossen Teil Michael Pluta. Anfang 2009 als Insolvenzverwalter eingesetzt, machte er sich sofort daran, die marode Firma auf Vordermann zu bringen. Der Rechtsanwalt und Spezialist für Firmenpleiten tummelte sich plötzlich auf Spielwarenmessen, sprach mit Händlern, Grossisten und Kunden.

Gleichzeitig ging Pluta über die Bücher. Märklin hatte zuletzt horrenden Verluste geschrieben. Die 150 Jahre alte Firma war von den Eignerfamilien an den britischen Finanzinvestor Kingsbridge verkauft worden. Den

neuen Herren fehlte es aber offenbar an Herzblut für die Marke. Sie stellten für Dutzende Millionen Euro Berater ein, ohne dass sich die Lage von Märklin merklich verbesserte.

Hier setzte Michael Pluta denn auch den Hebel an: Eine seiner ersten Handlungen bestand darin, alle teuren Berater hinauszuerwerfen. Auch viele Mitarbeiter mussten gehen, 400 insgesamt. Dank dieser Einsparungen, einem gestrafften Sortiment und guten Verkäufen verdiente der Eisenbahnbauer bald wieder Geld.

Ein grundsätzliches Problem der Firma konnte freilich auch Pluta nicht aus der Welt schaffen: Den Modelleisenbahn-Fans fehlt der Nachwuchs. Die Zeiten, als Kinder - wie einst der kleine Michael - von einem «Rhätischen Krokodil» träumten, sind vorbei. Heute stehen iPod, iPad und iPhone zuoberst auf den Wunschlisten der Jugendlichen. Der typische Modell-

eisenbahner ist in die Jahre gekommen, er sammelt die bunten Loks eher, als dass er mit ihnen spielt.

Dieses Problem ist auch nach dem gestrigen Entscheid nicht gelöst. Bei Märklin-Fans herrschte dennoch Erleichterung. «Super, dass Märklin gerettet wurde», freute sich einer auf www.tages-anzeiger.ch. «Freue mich sehr», meinte ein anderer. Bereits vor der gelungenen Rettung war Michael Pluta für die Modelleisenbahner zu einem Hoffnungsträger geworden. Sie schrieben ihm Briefe, Gratulationen und Vorschläge. So eine emotionale Insolvenz hat er noch nie erlebt, sagte Pluta der «Stuttgarter Zeitung». Ein besorgter Schweizer habe ihm sogar 350 Euro schicken wollen, als Unterstützung, damit er Märklin wieder in Fahrt bringe. Michael Pluta lehnte ab - mit dem Argument, er schaffe das auch ohne Spenden. Er behielt, wie sich gestern zeigte, recht.

Smartphone Aufgrund des Benutzerprofils wird man als Anwender ungefragt beworben: kein Grund zur Panik. Von Matthias Schüssler

Apps sammeln Daten - na und?

«Your Apps Are Watching You» - unter diesem Titel hat das «Wall Street Journal» von einem Bruch der Privatsphäre und des Vertrauens berichtet (TA von gestern): Apps auf smarten Mobiltelefonen geben die gespeicherten Informationen weiter. Preisgegeben wird die Identifikationsnummer des Mobiltelefons. Aber auch persönliche Daten wie Alter und Geschlecht oder der Standort gelangen in die Hände von Werbern und Marketing-Agenturen. Ein Skandal!

Wirklich? Nein. Die Apps tun das, was sie tun sollten. Der GPS-Empfänger ist im Smartphone eingebaut, um gebraucht zu werden. Dank der automatischen Positionsbestimmung verrät die Wetter-App das Wetter von Zürich und nicht das von Cupertino. Die SBB-App weiss, wann ein Zug vom nächstgelegenen Bahnhof fährt. Genauso verhält es sich mit anderen Informationen auf dem Telefon. Apps wie Gowalla oder Foursquare teilen dem Anwender mit, welcher seiner Freunde sich im näheren Umkreis bewegt und für ein spontanes Bier zu haben wäre. Und wer sich entscheidet, die nun angeprangerte Dating-App Grindr zu nutzen, muss für die Suche nach dem passenden Partner halt Hobbys, Jahrgang und Augenfarbe deklarieren. Der Treibstoff für Apps ist Information. Und weil sich Apps und Web im Alltag oft als nützlich erweisen, geben wir ihnen Einblick in unser Privatleben. Die Zeit ist vorbei, als Technik unpersönlich war.

Weil Apps und Web oft nützlich sind, geben wir ihnen Einblick ins Privatleben. Wie viel, müssen wir selbst entscheiden.

Nun wird kritisiert, dass diese persönlichen Daten nicht nur bei dem Dienst landen, der dem Nutzer im Gegenzug einen konkreten Mehrwert bietet. Die Daten gelangen auch in die Hände Dritter, und das sei ein Bruch der Privatsphäre. Die an den Daten brennend Interessierten sind Werber, Marketing-Unternehmen und Datensammler. Sie stricken aus den gewonnenen Informationen individualisierte Werbung, machen Marktanalysen und wollen Trends erkennen. Die Werbung

ist für die App-Hersteller die wichtigste oder sogar die einzige Einnahmequelle. Die Dienste, die man via Smartphone-App in Anspruch nimmt, kosten oft Millionen in der Entwicklung und sind teuer im Unterhalt. Werbung macht diese Apps erst möglich und erlaubt es den Nutzern, sie kostenlos oder für wenig Geld einzusetzen.

Was soll man als Anwender davon halten, dass man aufgrund seines Benutzerprofils beworben wird? Ein Profil, das ungefragt anhand der digitalen Spuren erstellt wird, welche die Benutzer via Apps hinterlassen. Das ist eine Kröte, die man ungerne schluckt. Man kann jedoch mit Fug und Recht behaupten, dass Werbung am wenigsten nervt, wenn sie ein Bedürfnis bedient und von Stil und Machart her zu den eigenen Vorlieben passt. Sind wenige, aber präzise platzierte Anzeigen nicht besser als ein nach dem Giesskannen-Prinzip ausgeschüttetes Übermass? Apple-Boss Steve Jobs jedenfalls hat bei der Präsentation der eigenen iAd-Plattform mobile Werbung versprochen, die den Bedürfnissen der Nutzer Rechnung trägt - anders als die Werbung, die «stinkt», so Jobs, weil sie aufdringlich ist.

Unvermeidliches Übel

Wenn man Werbung als unvermeidliches Übel gelten lässt, hat das «Wall Street Journal» keinen echten Missbrauch zutage gefördert. Von den Vorwürfen bleibt nur die ungenügende Informationspolitik der App-Hersteller übrig. Es ist bedauerlich, dass manche Entwickler keine Richtlinien öffentlich machen und nicht darlegen, wie sie mit Nutzer-Daten zu verfahren gedenken. Faktisch aber ist das unerheblich. Solche Richtlinien werden nur von Rechtsgelehrten verstanden, als Nutzer hat man keine Chance, ihre Einhaltung zu kontrollieren. Und von den vielen Programmen, die bei Windows-PCs zum Schutz der Privatsphäre existieren, lernen wir nur eines: dass sich technisch nichts ausrichten lässt.

Kein Weg führt an der Erkenntnis vorbei, dass der Anwender seine Privatsphäre selbst schützen muss. Er kommt nicht um die bewusste Abwägung herum, was er seinen Apps anvertraut und was nicht. Zurückbehaltene Information kann auch das cleverste Spionage-Smartphone nicht weitergeben. Und nicht installierte Apps überwachen niemanden.

Schweizer Banken Sie sind nicht mehr bevorzugte Adresse der Kleptokraten, wie das Beispiel des sudanesischen Präsidenten zeigt. Von Daniel Ammann*

Diktatoren bevorzugen London

Der Kommentator des «Daily Monitor» in Uganda, einer der besten Zeitungen Afrikas, verstand die Welt nicht mehr. «Bis heute glaubte ich, afrikanische Staatschefs würden das Geld, das sie ihrer Bevölkerung stehlen oder von der Entwicklungshilfe abzweigen, in der Schweiz in Sicherheit bringen», schrieb er Anfang Woche.

Was das Weltbild des Journalisten erschütterte, war nicht die Meldung, dass der sudanesischer Präsident Omar al-Bashir neun Milliarden Dollar aus Ölgeschäften unterschlagen haben soll. Das traut man dem islamistischen Gewaltherrscher ohne weiteres zu.

Nein, das Bemerkenswerte war, dass er das geraubte Geld nicht nach Zürich oder Genf brachte, sondern offenbar auf diversen Banken in London deponierte. Dies jedenfalls geht aus einer von Wikileaks veröffentlichten Depesche eines US-Diplomaten hervor, der sich auf den Internationalen Gerichtshof in Den Haag beruft.

Wendepunkt 1986

Der Gang nach London widerspricht dem Stereotyp, wonach Kleptokraten ihre Konten selbstverständlich in der Schweiz haben. Zu lange war das tatsächlich so. Ob Nigerias Räubergeneral Sani Abacha, der grössenwahnsinnige Schah von Persien oder der erzkorrumpierte Ferdinand Marcos von den Philippinen: Diktatoren, die reicher starben, als ihr Land je war, versteckten ihr Geld mit Vorliebe in der Schweiz.

Aber auch wenn es in mittelmässigen Thrillern weiterhin zelebriert wird: Die Schweiz ist kein Hort für Diktatoren-gelder mehr. Der Anfang von dessen Ende lässt sich exakt datieren: Am 24. März 1986 liess der Bundesrat per Notrecht die Konten von Marcos blockieren - geschätzte 500 Millionen Franken. Kurz zuvor war der philippinische Diktator aus seinem Land gejagt worden. Der Entscheid des Bundesrats war eine diplomatische Spitzkehr. Ein paar Jahre zuvor hatte er sich noch geweigert, das Vermögen des gestürzten Schahs einzufrieren. Nun endlich realisierte die Landesregierung, dass solche Gelder dem Ansehen der Schweiz schaden. Jeder korrupte Machthaber sollte wissen: In der Schweiz ist mein Geld nicht mehr sicher.

Es ging Schlag auf Schlag. Die Eidgenössische Bankkommission (EBK) verlangte 1987, dass «die Geschäftsleitung und nicht untergeordnete Stellen» über die Kundenbeziehung «mit einer politisch exponierten Person» entscheiden müssen. 1990 traten die Bestimmungen über



Sudans Präsident Omar al-Bashir hat Milliarden nach London geschafft. Foto: Keystone

Geldwäscherei und mangelnde Sorgfalt bei Finanzgeschäften in Kraft. Die Bankiervereinigung verschärfte 1992 ihre Vereinbarungen zur Sorgfaltspflicht. Fortan mussten die Banken zwingend ihren Kunden, den sogenannten wirtschaftlich Berechtigten, kennen. 1998 trat das neue Geldwäschereigesetz in Kraft, und die EBK erinnerte daran, dass es den Banken «nach langjähriger Praxis» untersagt ist, «Gelder aus Korruption oder aus dem Missbrauch öffentlicher Vermögenswerte» entgegenzunehmen.

1,7 Milliarden zurückerstattet

Dann geschah der GAU, den das engmaschige Regelwerk hätte verhindern sollen: Der nigerianische General Abacha, so wurde 1999 bekannt, hortete eine Milliarde Franken in der Schweiz - auf 150 Konten bei 19 Banken.

Die Abacha-Affäre wurde zum letzten Fanal. Man übertreibt nur wenig, wenn man festhält, dass sich die Schweiz (und ihr Finanzplatz) vom schwarzen Schaf zum weissen Ritter im Umgang mit Diktatorengeldern gewandelt hat. Sie hat in den letzten 15 Jahren regelmässig Gelder von korrupten Staatsmännern blockiert - insgesamt 1,7 Milliarden Franken - und

zurückerstattet, mehr als jeder andere Finanzplatz. Gut 700 Millionen Dollar gingen an die Philippinen, 700 Millionen an Nigeria und rund 175 Millionen an Peru. In London liegen derweil noch immer 1,3 Milliarden des Abacha-Clans.

Dank Wikileaks weiss man heute in der ganzen Welt: Die bevorzugte Adresse für Diktatoren ist Grossbritannien (das den Schweizer Finanzplatz immer wieder hart kritisiert). Bis vor 25 Jahren mögen die hiesigen Banken ein Paradies für illegale Gelder gewesen sein. Heute setzen sie strengere Gesetze, als sie das Ausland hat, strenger um, als es das Ausland tut.

Die Geschichte zeigt dreierlei: Der Schweizer Finanzplatz erwies sich als reformfähig - auch wenn es dafür einigen Druck brauchte. Der Strategiewandel schadete, zweitens, den Geschäften nicht. Das sind gute Nachrichten im Blick auf die Diskussionen um den Umgang mit unversteuerten Geldern. Und die dritte Lehre: Ein guter Ruf, das weiss schon der Volksmund, ist schneller ruiniert als aufgebaut.

* Daniel Ammann ist Wirtschaftsjournalist und Autor der Marc-Rich-Biografie «King of Oil».